



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.11.2022
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:20 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz

Peter Hummer

Ordentliches Mitglied (Ausschuss)

Carsten Preuß

Thomas Czesky

Sven Reimer

Janine Küchenmeister

Olaf Manthey

Edgar Leisten

Martina Leisten

abwesend

Vertretung für:
Edgar Leisten

Bürgermeisterin (ohne Pauschale)

Wiebke Şahin-Schwarzweiler

Protokollant(in)

Carolin Peidelstein

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 14.09.2022
- 5 Bericht aus der Verwaltung
- 6 Einwohnerfragestunde
- 7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 8 Beratung von Beschlussvorlagen
- 8.1 Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt Zossen mit ihren Anlagen, dem Haushaltsplan, dem Stellenplan und dem Investitionsprogramm 117/22
- 8.2 Weiteres Vorgehen in der Thematik Erhebung der Kreisumlage für die Jahre 2015 und 2016 120/22
- 8.3 Sanierung der alten Gesamtschule Dabendorf, Triftstraße - Ausschreibung der Planungsleistungen der LP 3-9 121/22
- 8.4 Antrag der Fraktion Plan B – BVB/FW vom 27.10.2022 eingegangen bei der Stadt Zossen am 27.10.2022: Änderung der Geschäftsordnung zum Thema Rederecht für Ortsvorsteher der Stadt Zossen 112/22
- 8.5 Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 27.10.2022 eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.11.2022: Antrag auf Schaffung eines Schulgartens „mal anders“ 116/22
- 9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Hummer um 19:02 Uhr eröffnet.

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Von den acht stimmberechtigten Ausschussmitgliedern sind sieben anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

3 Feststellung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 14.09.2022

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

5 Bericht aus der Verwaltung

Es gibt keinen Bericht.

6 Einwohnerfragestunde

Herr Hummer:

Er erteilt das Rederecht für die Bürger und Ortsvorsteher in den einzelnen Tagesordnungspunkten.

Frau Schreiber:

Dass der Beschluss der SVV über die Berufung der ehrenamtlichen Stadtwehrführung nicht gefasst werden braucht, zweifelt sie an. Wer hat die rechtliche Prüfung durchgeführt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Alle Instanzen, die sich im Rahmen der kommunalen Feuerwehr auskennen, haben dies geprüft. Wir haben eine Stadtwehrführung für die Stadt gefunden. Es lief alles korrekt ab.

Frau Schreiber:

Haben Sie vor, einen Beschluss der SVV herbeizuführen oder nicht.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Die Stadtwehrführung wird sich dazu positionieren und auch vorstellen.

Herr Volz, OV Lindenbrück:

Können er einen vorläufigen Sitzungskalender für 2023 erhalten?

Laut Herrn Kramer sollen den Ortsbeiräten mehr eigenverantwortliche Entscheidungen zugesprochen werden. Was ist damit gemeint?

Er habe eine Information erhalten, dass die Baumschau dieses Jahr intern stattfindet und sich Herr G. wegen der Pflegemaßnahmen meldet. Noch ist da nichts passiert.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das letzte muss geprüft werden. Nach der ersten Vorortbesichtigung werden die Ortsvorsteher ein Protokoll erhalten und es werden dann wohl die Termine vereinbart.

Das Ortsbeiratsbudget ist so vorgesehen, dass sie über einen Teil ihres Budgets selbst entscheiden können. Das Budget für den Ortsbeirat hat nun die Höhe von 2019 erreicht. Die Ortsbeiräte sind für die gemeinnützigen Punkte zuständig. Die Verwaltung wird sich um die interne Vereinsförderung kümmern. Was genau der Ortsbeirat fördern möchte, ist diesem überlassen.

Herr Juricke, OV Horstfelde:

Wie weit ist man mit dem Denkmal in Horstfelde? Hat der Kämmerer den Fördermittelantrag gestellt?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir haben bereits eindeutig erklärt, dass das Denkmal aktuell nicht förderungsfähig ist. Es liegt kein Förderprogramm zugrunde. Sollte ein Programm kommen, werden wir uns dem widmen. Ihr Angebot werden wir prüfen.

Herr Juricke, OV Horstfelde:

Man könnte Lottomittel dafür nutzen. Wurden diese beantragt?

Herr Krolik:

Die Lottomittel wurden geprüft. Neue Denkmäler werden nicht gefördert, nur vorhandene Denkmäler. Wenn ein Programm kommt, was passt werden wir dieses nutzen.

7 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Preuß ist ab 19:14 Uhr anwesend. Es sind 8 Mitglieder anwesend.

Frau Küchenmeister:

Wir wollten bis heute eine schriftliche Ausarbeitung der Stadt haben, welche rechtliche Prüfung für das Verfahren der Stadtwehrführung stattgefunden hat und zu welchem Ergebnis man kam.

Wir haben dazu nichts vorgefunden. Wann stellen Sie uns das zur Verfügung? Welche rechtliche Grundlage gibt es? Welche Grundlage hat der Brandmeister geprüft? Wir würden den Termin bis zur nächsten SVV festlegen.

Was bedeutet die kulturelle Zusammenführung der Ortsbeiräte?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Zur letzten Frage, hierbei handelt es sich um ein Förderprogramm für die Ortsbeiräte, welches wir Ihnen und den Ortsbeiräten vorgestellt haben. Sie können gerne eine schriftliche Anfrage als Fraktion stellen und dann können wir dazu antworten. Die Verwaltung wird Stellung zu dem Schreiben von dem Ortswehrführer aus Wünsdorf beziehen.

Der Kreisbrandmeister war gestern auch anwesend und gab seine Einschätzung ab. Die Verwaltung hat korrekt gehandelt und das ist auch die Einschätzung des Ministeriums.

Frau Küchenmeister:

Wir haben die schriftliche Anfrage zu Protokoll gegeben. Es wäre wünschenswert, wenn wir eine Zusammenfassung erhalten, was die Ortsbeiräte sich wünschen.

Herr Krolik:

Wir haben mit allen Ortsbeiräten zusammengesessen und die Fördermittelrichtlinie vorgestellt. Die Ortsbeiräte haben ihre Projekte definiert und dann vorgestellt. Die Resonanz war nicht sehr groß. Am Ende wurde sich für die Dorfgemeinschaftshäuser entschieden.

Das Denkmal Horstfelde ist ein separates Thema. Wir haben aktuell keine 30.000 Euro für ein Denkmal.

Frau Leisten:

Es wurde in der Ortsbeiratssitzung Zossen geäußert, dass Dabendorf kein Gemeindeteil mehr sein möchte und ein Ortsteil werden soll. Dann hätte Dabendorf wieder einen Ortsbeirat. Es ist ein Einwohnerantrag nötig. Könnte darüber nächste Woche in der SVV gesprochen werden?

Herr Hummer:

Er wurde auch mehrmals angesprochen. Dabendorf fühlt sich sehr vernachlässigt. Es wäre eine gute Sache.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir werden dies prüfen und das Verfahren vorstellen und dann in der nächsten OB Sitzung besprechen.

8 Beratung von Beschlussvorlagen

8.1 Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2023/2024 der Stadt Zossen mit ihren Anlagen, dem Haushaltsplan, dem 117/22 Stellenplan und dem Investitionsprogramm

Frau Leisten:

Könnte man eine Summe x für das Strandbad Kallinchen für die Heizung inkludieren?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Ursprünglichen ist ein großzügigeres Budget eingeplant. Es gibt bereits Gespräche, inwieweit die Warmwasserversorgung der Duschen anders geregelt werden kann. In dem Zuge gibt es eine weitere Planung, die vom Budget ggf. mit abgedeckt wird. Wir beraten dies gemeinsam mit dem Betreiber und ggf mit einem neuen Pächter.

Frau Küchenmeister:

Wo finden wir die Sanierung der Kita Bummi? Auf welcher Position ist das zu finden?

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Baumaßnahmen stehen in der Investitionsliste. Es wird Beschlüsse in den Ausschüssen und der SVV geben. Wir benötigen einen finanziellen Rahmen. Ob dem Beschluss später zugestimmt wird, ist eine andere Sache. Sie wüssten sich die Haushaltsaufstellung so.

Herr Krolik:

Das Strandbad Kallinchen ist keine Investitionsmaßnahme. Es handelt sich hierbei um eine Sanierung. Beträge von 5.000 bis 10.000 Euro wurden zusammengefasst. Es gibt eine Definition, was eine Sanierung und was eine Investition ist. Eine Flachdachsanierung machen wir aktuell. Wenn wir mehrere Gewerke anfassen und wieder herstellen, ist es eine Sanierung.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Das Strandbad Kallinchen müssen wir gesondert betrachten. Wir sind der Eigentümer, aber kein Nutzer und kein Betreiber.

Herr Schulz:

Es gab noch nie so einen ausführlichen Haushalt wie diesen und es wurde immer sehr schnell geantwortet. Wenden sie sich direkt an den Kämmerer und machen Sie das nicht hier in der Sitzung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:
die Haushaltssatzung 2023/2024 mit ihren Anlagen

- a) in vorliegender Form.
oder
b) in der laut Protokoll geänderter Form.

Abstimmungsergebnis zu a):

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	2	1

8.2 Weiteres Vorgehen in der Thematik Erhebung der Kreisumlage für die Jahre 2015 und 2016

120/22

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir haben den Bescheid für 2016 heute erhalten und der Beschluss würde auch dafür greifen.

Herr Preuß:

In der Begründung steht nur der Inhalt für 2015. 2016 sollte ergänzt werden.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Wir bekommen es bis nächste Woche nicht hin, eine rechtliche Einschätzung für 2016 zu erarbeiten.

Es bedarf einen Beschluss der SVV, ob wir das Urteil oder den Vergleich dann annehmen. Der Bescheid für 2016 kann gerne zur Verfügung gestellt werden.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, dass im Rahmen der Widerspruchserhebung und nachfolgender Klage die Kanzlei Dombert pp mit der weiteren Rechtsverfolgung gegen den neuen Festsetzungsbescheid für 2015 vom 27.09.2022 beauftragt wird, um die Rechtswidrigkeit der Heilungsvorschriften feststellen zu lassen.

2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, dass gegen den Festsetzungsbescheid für 2016 ebenfalls Widerspruch einzulegen ist. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die AKnzlei Dombert pp für das Klageverfahren 2016 zu beauftragen, sofern dem Widerspruch nicht stattgegeben wird.

3. Die Bürgermeisterin ist verpflichtet, regelmäßig über den Fortbestand und den Fortschritt beider Klageverfahren in der SVV zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	0

8.3 Sanierung der alten Gesamtschule Dabendorf, Triftstraße - 121/22 Ausschreibung der Planungsleistungen der LP 3-9

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Es soll geprüft werden, ob das Dach von der Aula offener gestaltet werden kann. Zudem soll Photovoltaik für das Dach, eine Dachbegrünung und eine Regenwasseraufbereitung geprüft werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Sanierung des alten Gebäudes der Gesamtschule Dabendorf zur Nutzung für den Hort und die Grundschule Dabendorf mit folgenden Paketen:

1. Paket 1 Mindestmaßnahme (Schadstoffsanierung, Sanierung/Ausbau Innen, Barrierefreiheit/Aufzug, Elektro, Sanitär, Heizungsverteilung innen)

5.456.913,11 €

und

2. Paket 2 Fenster (Austausch der Fenster, Einbau Wärmeschutzverglasung und außenliegenden Sonnenschutz)

1.611.797,88 €

und

3. Paket 3 Fassade WDVS - Wärmedämmverbundsystem (Fasadendämmarbeiten, Putz und Anstrich inkl. Gerüst)

815.115,54 €

und

4. Paket 4 Dach (Erneuerung Dachabdichtung inkl. Aufdämmung nach energetischem Standard)

541.080,39 €

und

5. Paket 5 Dachbegrünung + Kies (zusätzlicher Dachaufbau als Gründach mit Kiesrandstreifen zur Kühlung der Dachfläche und Erhöhung der ökologischen Umfeldqualität)

75.993,40 €

und

6. Paket 6 Ausstattung feste Einbauten (Einbaumöbel/Schränke in Klassenräume und Teeküchen)

575.484.00 €

und

7. Paket 7 Neubau Aula (Anbau eines zentralem Gebäudeteils für Schulspeisung, Aufführungen und Pause

578.938,68 €

und

8. Paket 8 Heizstation, je nach Heizart (Kostensatz für die Erneuerung der zentralen Heizungsanlage - Kosten in Abhängigkeit der noch zu wählenden Systeme (BHKW, Wärmepumpen,....))

418.922.84 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	0	0

Antrag der Fraktion Plan B - BVB/FW vom 27.10.2022

8.4 eingegangen bei der Stadt Zossen am 27.10.2022: 112/22 Änderung der Geschäftsordnung zum Thema Rederecht für Ortsvorsteher der Stadt Zossen

Herr Hummer:

In den Ausschüssen sollten die Ortsbeiräte anhörungspflichtig sein.

Herr Manthey:

Den Antrag reichte der Ortsvorsteher von Horstfelde ein. Da Herr Juricke als Ortsvorsteher keinen Antrag einreichen kann, übernahm es die Fraktion.

Herr Juricke, OV Horstfelde:

Anlass für den Antrag war, dass er mehrmals in der Einwohnerfragestunde nicht angenommen wurde. Die Ortsvorsteher, die Stadtverordnete sind, werden ihr Anliegen unter dem TOP Anfragen und Mitteilungen los. Wir wollen unsere Belange dort mit einbringen.

Frau Şahin-Schwarzweiler:

Sie ist gegen das Rederecht und begründet dies wie folgt: Sie wurden als Ortsbeirat gewählt, aber nicht als Stadtverordneter. Als Stadtverordneter haben sie andere Rechte. Die Kommunalverfassung macht bewusst den Unterschied zwischen Ortsbeirat, Stadtverordneten und sachkundigen Einwohnern. Sie können ihre Fragen in der Einwohnerfragestunde kommunizieren oder vorab schriftlich einreichen.

Der Beschluss würde bedeuten, dass Sie Mitglied eines Ausschusses sind und in jedem Ausschuss Rederecht erhalten und das sind Sie nicht. Man muss hier ganz klar differenzieren.. Auch Stadtverordnete müssen Rederecht in den Ausschüssen erhalten, indem sie kein Mitglied sind. Ein Änderungsantrag bezogen auf die

Einwohnerfragestunde wäre in Ordnung.
Wir sollten ihr Anliegen in der Einwohnerbeteiligungssatzung festhalten.

Herr Reimer:
Wir können nicht einfach unsere eigenen Regeln machen. Der Vorsitzende sollte dies entscheiden.

Herr Schulz:
Es ist klar und deutlich geregelt. Die Ortsvorsteher haben das Rederecht in allen Gremien, wenn es um die Belange ihres Ortsteils geht. Das sollten wir so belassen.

Herr Juricke, OV Horstfelde:
Was nützt es, wenn man nicht ran kommt? Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung blockiert dies jedes Mal. Er will nur zu einem TOP, wie in dem Fall TOP 7 etwas sagen.

Herr Manthey stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur namentlichen Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt, die Geschäftsordnung zu ändern. Bei öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und der Stadtverordnetenversammlung soll der Tagesordnungspunkt „Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder und Stadtverordneten“ geändert werden. Der neue Tagesordnungspunkt lautet dann: „Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder, Stadtverordneten und Ortsvorsteher“.

Abstimmungsergebnis:

Frau Sahin-Schwarzweiler:	nein
Herr Hummer:	ja
Herr Manthey:	ja
Herr Reimer:	nein
Frau Leisten:	ja
Herr Czesky:	nein
Herr Preuß:	nein
Frau Küchenmeister:	ja

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	4	0

Antrag der Fraktion Wir für Zossen vom 27.10.2022 8.5 eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.11.2022: Antrag 116/22 auf Schaffung eines Schulgartens „mal anders“

Frau Küchenmeister:
Wir haben wunschgemäß die Beschlussvorlage im Text angepasst. Deswegen liegt heute die BV-Nr. 116/22/01 vor.

Frau Şahin-Schwarzweiler:
Sie ist grundsätzlich für einen Schulgarten, aber dagegen dies politisch zu machen.

Es gibt auch andere Möglichkeiten, die Verwaltung zu beauftragen, dass es einen Schulgarten gibt.

Herr Reimer:

Wir haben auch einen Änderungsantrag mit der BV-Nr.: 128/22.

Frau Küchenmeister:

Den Änderungsantrag lehnt sie ab, da es kein Änderungsantrag ist. Der Inhalt ist losgelöst von unserem Antrag.

Frau Küchenmeister stellt einen Geschäftsordnungsantrag zum Ende der Debatte und namentlichen Abstimmung.

Abstimmung Ende der Debatte: mehrheitlich ja

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

..., die Verwaltung zu beauftragen, einen - wie in der beigefügten Anlage beschriebenen - Schulgarten/Biotop, an der neuen Gesamtschule in Dabendorf zu errichten.

Die exakte Größe, die Nutzung und auch die dazu notwendige weitere Ausstattung wurde mit der Schule bereits geplant und ist in der Umsetzung eng mit der Schule/Schulleitung detailliert abzusprechen.

Die SVV ist durch den SJBS-Ausschuss über die Umsetzungsschritte zu unterrichten.

(mögliche) Kosten: AG = ca. 20 T€

Abstimmungsergebnis:

Frau Sahin-Schwarzweiler:	nein
Herr Hummer:	ja
Herr Manthey:	ja
Herr Reimer:	nein
Frau Leisten:	ja
Herr Czesky:	nein
Herr Preuß:	Enthaltung
Frau Küchenmeister:	ja

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	3	1

9 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Hummer schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:58 Uhr.

Peter Hummer
Vorsitz

Carolin Peidelstein
Protokoll